



familien^v

Der Katholische
Familienverband Österreichs

20 Jahre Kinderbetreuungsgeld

Impuls
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal



universität
wien

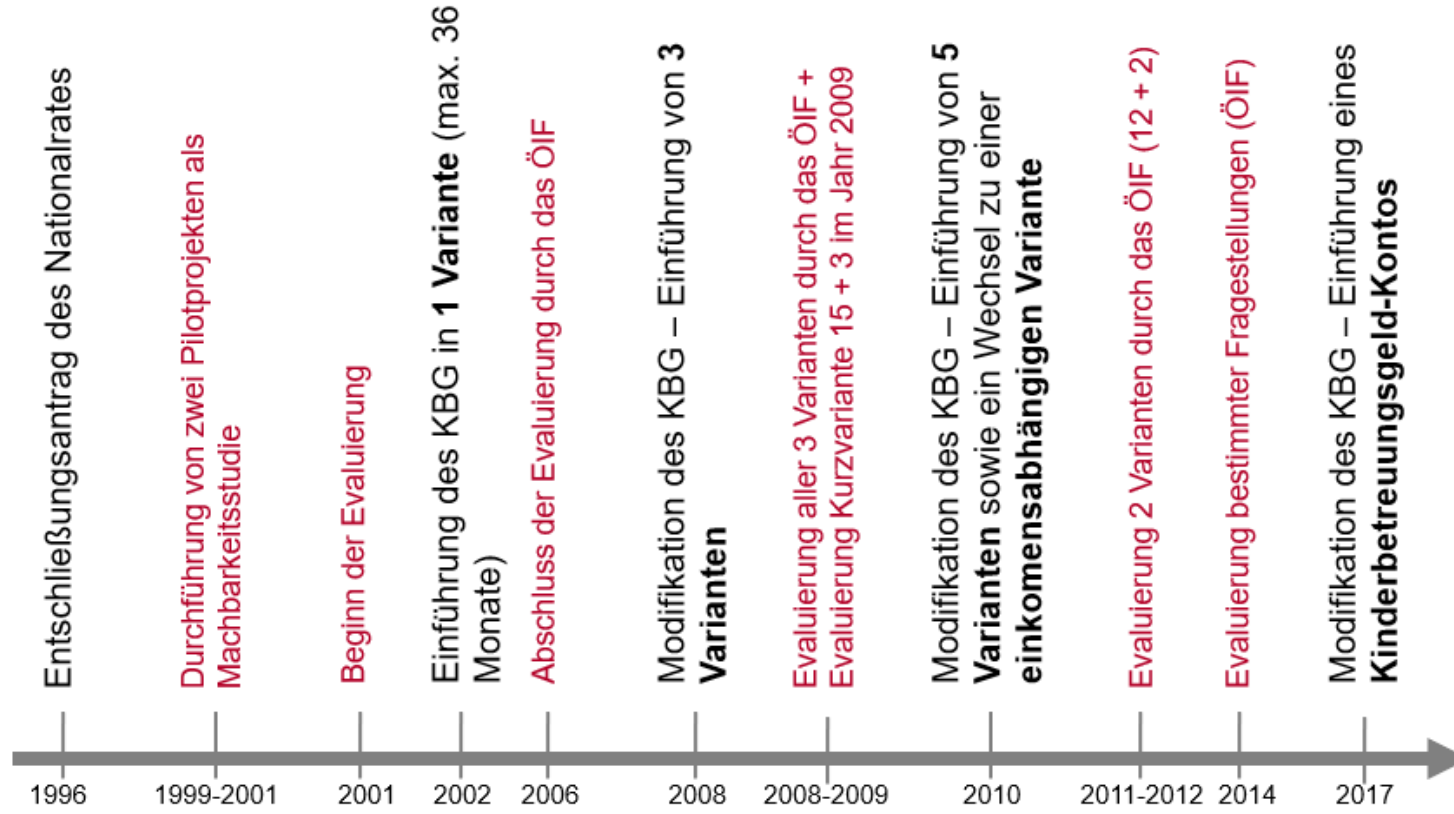


Eine Stunde zum ..

- Zurückblicken
- Nachdenken
- Vorausblicken



Zeitleiste





Die treibende Kraft



DI Dr. Helmuth Schattovits
(1939-2015)

und viele andere



Stunde Null

- Entschließungsantrag des Nationalrates (Juli 1996), dass Bundesländer die Einführung eines Kinderbetreuungschecks bzw. dessen Umsetzung zu prüfen haben.
- *„Ein Modell zur Umwandlung des Karenzurlaubsgeldes von einer Versicherung- zu einer Familienleistung mit der Idee einer zweckgebundenen Subjektförderung für die Dauer von 6 Jahren.“*



Schriftenreihe



Österreichisches Institut für Familienforschung
Austrian Institute for Family Studies



**Kinderbetreuungsscheck:
Modellentwicklung und
Analysen**
*(Machbarkeitsstudie
Kinderbetreuungsscheck)*

Herausgeber
Dr. Helmuth Schattovits

NR. 9, WIEN, 2000
ISBN 3-901668-19-5



universität
wien



Ursprüngliche Idee

- Status quo ante
 - Karenzgeld als Leistung der Arbeitslosenversicherung
 - Kostenbeteiligung in Kindergärten
 - Geringe Pensionsrelevanz von Karenzzeiten
- Plan
 - Geldleistung als versicherungsunabhängige Familienleistung
 - eigenständige Pensionsversicherung
 - Gutschein für Zukauf externer Kinderbetreuung

Was daraus wurde

P. b. b. Verlagspostamt 1030 Wien 01Z023000K

1551

BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2001

Ausgegeben am 7. August 2001

Teil I

103. Bundesgesetz: Erlassung eines Kinderbetreuungsgeldgesetzes sowie Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes, des Bauern-Sozialversicherungsgesetzes, des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes, des Mutterschutzgesetzes 1979, des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes, des Landarbeitsgesetzes 1984, des Karenzgeldgesetzes, des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977, des Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetzes, des Überbrückungshilfengesetzes, des Einkommensteuergesetzes 1988, des Arbeits- und Sozialgerichtsgesetzes, des Karenzurlaubsgeldgesetzes und der Exekutionsordnung
(NR: GP XXI RV 620 AB 715 S. 74, BR: AB 6436 S. 679.)

103. Bundesgesetz, mit dem ein Kinderbetreuungsgeldgesetz erlassen wird sowie das Familienlastenausgleichsgesetz 1967, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, das Mutterschutzgesetz 1979, das Eltern-Karenzurlaubsgesetz, das Landarbeitsgesetz 1984, das Karenzgeldgesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Überbrückungshilfengesetz, das Einkommensteuergesetz 1988, das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz, das Karenzurlaubsgeldgesetz und die Exekutionsordnung geändert werden

Der Nationalrat hat beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

Art. Gegenstand

- 1 Kinderbetreuungsgeldgesetz
- 2 Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967
- 3 Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes
- 4 Änderung des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes
- 5 Änderung des Bauern-Sozialversicherungsgesetzes
- 6 Änderung des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes
- 7 Änderung des Mutterschutzgesetzes 1979
- 8 Änderung des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes
- 9 Änderung des Landarbeitsgesetzes 1984
- 10 Änderung des Karenzgeldgesetzes
- 11 Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977
- 12 Änderung des Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetzes
- 13 Änderung des Überbrückungshilfengesetzes
- 14 Änderung des Einkommensteuergesetzes 1988
- 15 Änderung des Arbeits- und Sozialgerichtsgesetzes
- 16 Änderung des Karenzurlaubsgeldgesetzes
- 17 Änderung der Exekutionsordnung

Artikel 1

Kinderbetreuungsgeldgesetz (KBGG)

Abschnitt 1

Leistungsarten

- § 1. Als Leistungen werden nach Maßgabe dieses Bundesgesetzes gewährt:
1. das Kinderbetreuungsgeld;
 2. der Zuschuss zum Kinderbetreuungsgeld.





Dreischritt

- Kinder***betreuung***sgeld als Familienleistung bis zum 3. Geburtstag des Kindes (2002)
- Valide Kindererziehungszeiten in der Pensionsversicherung (bis 48 Monate) (2004)
- Beitragsfreier Besuch von Betreuungseinrichtungen?



Status heute

- Pauschale Leistung
 - Ein Elternteil bezieht: 365 bis 851 Tage ab Geburt (bis max. 2,5 Lebensjahr des Kindes, von rund € 440 pro Monat bis € 1.014, max. insgesamt rund € 12.365)
 - Beide Elternteile beziehen: 456 bis max. 1063 Tage ab Geburt (bis max. zum 3. Lebensjahr des Kindes, € 15.450)
 - bei einer 50/50 Aufteilung ein Partnerschaftsbonus von € 500
 - Vaterschaftsbonus/Familienzeit im 1 Monat von € 700 (28 – 31 Tage innerhalb der ersten 91 Tage ab Geburt)
 - Zuverdienst möglich (bis zu € 16.200 pro Kalenderjahr)
- Einkommensabhängige Leistung
 - Bis zu € 2.000 pro Monat, bis zu 14 Monate lang (max. € 28.000)
 - Kein Zuverdienst möglich





Was steckt dahinter?

- Ziele 2002
 - Erhöhung der Wahlfreiheit
 - Anerkennung und Abgeltung der Betreuungsleistung der Eltern
 - Leistung eines Beitrags zur Armutsvermeidung
 - Positive Beeinflussung des generativen Verhaltens
- Ziele später
 - positive Impulse für das Erwerbsleben von Frauen
 - Förderung des Wiedereinstiegs
- Ziele heute
 - Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie
 - Gleichstellung von Frauen und Männern
 - Erhöhung der Väterbeteiligung



Technische Problemzonen

- Enteignung von Arbeitnehmern?
- Zuverdienstgrenze
- Bezugsdauer
 - Ursprünglich: Fehlende Koordinierung mit Karenzzeit?
 - Heute: Einkommensabhängiges Modell + Bildungskarenz
- Enormer Administrativaufwand



Politische Problemzonen

- Einzelfälle werden als Systemproblem hochgespielt
- Parteiendissens
- Rolle der Sozialpartner
- Familienpolitik – Geschlechterpolitik
- Lastenausgleich – Leistungsausgleich

- Ergebnis
- Familienpolitik als Projektionsfläche anderer Politikfelder
- Oszillierende Zielvorstellungen



Und was machen Eltern?

- Suche nach Transferleistung für 2,5 bis 3 Jahre
- Beibehaltung der Rollenbilder
- Bedeckung von Opportunitätskosten der Kinderbetreuung

- Bewertung
- Retraditionalisierung?
- Wahrnehmung zivilrechtlich zugestandener Gestaltungsfreiheit?

- Ziele (nicht) erreicht?



Und wie geht es weiter?

- Ergebnisse der Evaluierung
 - Familienzeitbonus
 - geringe Inanspruchnahme, Gefahr für Väterkarenz
 - Partnerschaftsbonus
 - geringe Inanspruchnahme, Inanspruchnahme durch wenige Gruppen
 - Kinderbetreuungsgeld
 - hohe Komplexität
 - hoher Beratungsaufwand
 - hoher Administrativaufwand
 - tageweise Flexibilität wird kaum in Anspruch genommen



Und wie geht es weiter?

- Grundfrage: Wahlfreiheit
 - Wahlfreiheit durch Sachleistung
 - Wahlfreiheit durch Geldleistung
 - Wahlfreiheit durch Kombination
- Ausbau der extrafamilialen Kinderbetreuung
 - Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung?
 - Ausweitung des Barcelona-Ziels?



Aber

- Familiäre Entscheidungen erfolgen nicht nur wegen der Rahmenbedingungen sondern in einem positiven Mindset
- Warum immer noch nicht wie in Schweden?
- Klare Modelle sind wichtig!
- Pluralität führt zwingend zu Vielfalt – sie ist zu akzeptieren!

Kontakt

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal

- **Institut für Arbeits- und Sozialrecht
der Universität Wien**

1010 Wien, Schenkenstrasse 8-10/3

Tel/Phone: +43 1 4277 35609

- **Institut für Familienforschung
an der Universität Wien**

1010 Wien, Grillparzerstrasse 7/9

Tel/Phone: +43 1 4277 48902

- Email: wolfgang.mazal@univie.ac.at
- Web: www.mazal.at, www.oif.ac.at

